

zuletzt aktualisiert: 26.04.2007 01:00

Dormagen

Gesetz muss gerechter werden

VON PETRA SCHIFFER

Dormagen Auf die Stadt Dormagen kommen zusätzliche Betriebskosten von rund 200 000 Euro im Jahr zu, wenn das neue Kinderbildungsgesetz (KiBiz) so in Kraft tritt, wie es jetzt der Entwurf in der Düsseldorfer Landesregierung vorsieht.

„Diese Summe müssten wir aufbringen, ohne einen einzigen neuen Platz geschaffen oder für mehr Qualität gesorgt zu haben“, sagt Bürgermeister Heinz Hilgers. Ein weiteres Problem: Während manche Kindergärten im Stadtgebiet in Zukunft mehr Geld zur Verfügung haben werden, müssen andere mit weniger finanzieller Unterstützung rechnen.

„Die beiden Waldkindergärten bekommen arge Probleme“, erklärt Hilgers. Der Kindergarten im Tannenbusch werde nach dem Entwurf statt bislang 185 000 in Zukunft nur noch 143 000 Euro zur Verfügung haben, die Einrichtung in Knechtsteden statt 180 000 bald 135 000 Euro. „Mit diesen finanziellen Lücken steht das pädagogische Konzept der Waldkindergärten auf der Kippe“, so Hilgers. Deshalb müssten Eltern und Verbände gegen die Pläne vorgehen und dafür sorgen, dass das Gesetz gerechter werde.

Genau das haben die beiden Einrichtungen vor. „Der Waldkindergarten ist ein Erfolgsmodell und wird weiter bestehen, das ist unser erklärtes Ziel“, betont Axel Münch, Mitglied der Elterninitiative im Tannenbusch und Sprecher des Arbeitskreises KiBiz, zu dem neben den Waldkindergärten in Dormagen auch die von Eltern geführte Tageseinrichtung „Rasselbande“ gehört. „Uns ist das Signal wichtig, dass es uns irgendwie gelingen wird, die Lücke zu stopfen, damit sich nicht schon jetzt Eltern gegen den Waldkindergarten entscheiden“, so Münch.

Bevor über Sponsoring oder andere Wege nachgedacht werde, müsse zunächst jedoch der Druck in Düsseldorf verstärkt werden, damit das Gesetz noch einmal überarbeitet werde. Die Opposition im Düsseldorfer Landtag habe bereits ihren Widerstand angekündigt. Die Einrichtungen des Dormagener Arbeitskreises wollen sich jedoch auch selbst an Protestaktionen beteiligen - etwa an einer Demonstration des Stadtelternrates am 5. Mai. Außerdem soll das Thema auf die Tagesordnung des Dormagener Jugendhilfeausschusses im Juni gerufen werden.

Im KiBiz ist vorgesehen, den Kindergärten in Zukunft eine Pro-Kopf-Pauschale für jedes Kind zu zahlen. „Damit bekommen nicht nur alle Einrichtungen ein Problem, die kleine Gruppen bilden und viele Erzieherinnen und Betreuer einsetzen“, sagt Hilgers. Auch Kitas, die überwiegend ältere Erzieherinnen beschäftigen, hätten weniger Geld zur Verfügung, weil sie laut Tarif und Berufsjahren teurer sind als ihre jungen Kolleginnen. „In meinen Augen ist dieser Gesetzesentwurf noch sehr unausgegoren und wenig an den pädagogischen Konzepten der Einrichtungen orientiert“, meint der Bürgermeister.

Sein Kompromiss-Vorschlag, der sich mit dem Wunsch der Kindergärten deckt, die weniger Geld bekommen sollen: Das Land solle die Pro-Kopf-Pauschale für jedes Kind nicht direkt an die Einrichtungen, sondern an die Stadt zahlen. Sie könne dann entscheiden, wie das Geld verteilt wird und welche Kita einen höheren Zuschuss braucht.

[zurück](#)

[Artikel drucken](#)

Url: <http://www.ngz-online.de/public/article/regional/dormagen/nachrichten/432137>